

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)267 J

Albrecht Broemme, Brandassessor
Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit (ZOES)

27.06.2023

▪ **Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages Öffentliche Anhörung am 3. Juli 2023**

In den 80er und 90er Jahren war der Katastrophenschutz ein Sachgebiet mit schlechter Reputation. Ein bezeichnendes Beispiel ist der Vorschlag des Bundesrechnungshofs aus dem Jahre 1988, das THW aufzulösen.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gibt es erhebliche Investitionen zur Abwehr von Terrorgefahren. Weitere Zäsuren waren die Flüchtlingskrise ab 2015 und die Corona-Pandemie ab 2020. Die Unwetter in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen vor nahezu drei Jahren haben den dringenden Bedarf für eine bessere Resilienz gezeigt. „Es muss immer erst etwas passieren, damit etwas passiert“, stellte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble 2008 fest.

Innerhalb eines Jahres hat sich die Bundesregierung gleich zweimal mit Strategien zur Inneren Sicherheit befasst. Veröffentlicht wurden

- die **Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen** („Sendai-Papier“) vom 13. Juli 2022, die unter Federführung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) erarbeitet wurde (Teil 1) und
- die **Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland** vom 14. Juni 2023, erarbeitet unter Federführung des Auswärtigen Amtes (AA) (Teil 2).

Beide Papiere betreffen alle Ressorts und wurden mit diesen abgestimmt. Eine Abstimmung mit Ländern, den Kreisen bzw. Kommunen sowie den staatlichen und nicht staatlichen Akteuren gab es bisher nicht.

Die zahlreichen, erforderlichen Schritte zur Verbesserung der Resilienz als zentrale Maßnahme zur Verbesserung der Inneren Sicherheit sind im „Sendai-Papier“ gut lesbar beschrieben. Einen „Ruck“ zur beherzten Umsetzung konnte ich bislang nicht feststellen.

Zu Recht können wir in Deutschland auf unser Hilfeleistungssystem mit insgesamt rund 1,6 Millionen überwiegend ehrenamtlich engagierten Menschen stolz sein. Dennoch weise ich auf drei Schwachpunkte hin:

- Ein Schwachpunkt ist die begrenzte Durchhaltefähigkeit bei Einsätzen, die in einer Region mehrere Wochen lang andauern.
- Zu wenig berücksichtigt werden außerdem Einschränkungen durch die Eigenbetroffenheit oder andere psychische Belastungen – dies gilt sowohl für Einsatzkräfte als auch für die Bevölkerung.
- Ein weiterer Schwachpunkt ist die fehlende Vorbereitung zur Einsatzunterstützung durch (Spezial-)Einheiten aus dem (europäischen) Ausland sowie die geordnete Hilfe deutscher Einheiten im Ausland. Das THW, das DRK, der MHD und die DLRG haben hier zum Beispiel einschlägige Erfahrungen.

Ich werde nicht müde, auf folgende generelle Probleme hinzuweisen:

„Erkenntnis-Ignoranz“

Es fällt uns schwer, über Fehler offen zu reden. Dies liegt sowohl an der in Deutschland schwach ausgeprägten „**Fehler-Kultur**“ als auch an der „Angst vor dem Staatsanwalt“. Dies führt dazu, dass ähnliche Fehler immer wieder gemacht werden. Ein Risiko sind mangelnde Fachkenntnisse, fehlende Schulungen und Übungen sowie „vergessene“ Erfahrungen bei Verwaltung, bei Einsatzorganisationen und in der Politik.

„Katastrophen-Demenz“

Die Katastrophen-Demenz erkläre ich folgendermaßen: Nach einem halben Jahr ist die Hälfte vergessen, nach einem Jahr nahezu alles. Das gilt erst recht für die Bereitschaft für Veränderungen, wie z.B. Anpassungen von Bebauungsplänen oder Veränderungen in der Landwirtschaft.

Die verheerenden „Unwetter an der Ahr und der Erft“ haben gezeigt, dass wir trotz aller Digitalisierung ein Sirenenetz wieder aufbauen müssen. Der anfängliche Schwung ist einer Lähmung gewichen, auch wegen finanzieller Engpässe. Auch für den Zivilschutz sind Sirenen unverzichtbar.

Ein anderes „Trauerspiel“ sind Hochwassermesspegel: Es steht fest, dass wir zusätzliche Pegel, auch an Nebenflüssen, dringend benötigen. Mir ist nicht bekannt, dass in den vergangenen drei Jahren in NRW oder in Rheinland-Pfalz auch nur ein weiterer Pegel errichtet wurde.

„Verantwortungsdiffusion“

Die Verantwortungsdiffusion entsteht bei unklaren Zuständigkeiten, bei unvollständigen Planungen und bei veralteten oder widersprüchlichen

Regelungen. Viele Prozesse in der Verwaltung und in der Wirtschaft sind zu kleinteilig organisiert.

Die Beteiligung der haupt- und ehrenamtlichen Beschäftigten, die Mitbestimmung der Bevölkerung und die Mitzeichnungsverfahren der Verwaltungen sind wichtige Elemente unserer Demokratie, dürfen jedoch nicht zur Lähmung des Fortschrittes führen.

Die fachliche oder die politische Gesamtverantwortung kann nur derjenige übernehmen, der reale Chancen hat, präventiv und reaktiv steuern zu können einschließlich der Finanzierung.

„Konzertierte Unfairness“

Führungskräfte werden immer wieder öffentlich „an den Pranger gestellt“, wenn sich eine Entscheidung im Nachhinein als falsch erweist. Dadurch wird es immer schwieriger werden, Nachwuchskräfte zu gewinnen. Weitere Erschwernisse sind Angriffe auf Einsatzkräfte, immer mehr Verwaltungsarbeit für ehrenamtliche Führungskräfte sowie eine weit überzogene Erwartungshaltung der Bevölkerung, was „der Staat“ alles tun müsse.